

Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postcheck Dresden 2640



Preisliste: Auf weitere nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen (die Woche n. 25. 10. — 3. 11. 5 Milliarden, durch unsere Austräger eingetragen in der Stadt 5 Milliarden, auf dem Lande 5 Milliarden, durch die Post monatlich einbringend. Alle Postkonten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.

Anzeigenpreis für die 6 gefaltene Raumseite 100 Mk. mal Wochen-Schließjahr (Woche n. 25. 10. — 3. 11. 12000000) Jahrespreis 250 Mk. mal Wochen-Schließjahr, amliche Anzeigen, die halbjährige Korrespondenz 200 Mk. mal Wochen-Schließjahr. Nachweisungs-Gebühr 100 Mk. mal Wochen-Schließjahr. Anzeigenannahme bis vormittag 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Aufträgen übernehmen wir keine Verantwortung. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Haftung gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen,

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rossen.

Nr. 126 — 1923 — 82. Jahrgang.

Sonnabend / Sonntag 27. / 28. Oktober

Wochenrückblicke.

Das Land der Milliarden — Altpapier-Zentrale G. m. b. H. — Hypothekäre en gros — Bedrohte Reichseinheit? — Stumpfte Passivität — Gegen die Waffenehre — Berliner Margismus — Deutsche Fausthiebe — „Wo ein Has ist...“ — Fanggriffe und Schnabelhiebe.

Unter mehr als einem trüben Zeichen stand die ablaufende Woche innerhalb der schwarz-rot-goldenen Grenzpfähle. Die in der Vorwoche schon weit unter den Sowjetrubel gefallene deutsche Papiermark kürzte wie niemals eine Währung Stürze erlebte. Dem Stürzen kann wohl nur noch eines Einhalt gebieten: der Marktpreis für Altpapier! An ihm müssen alle Bestrebungen liegen, die die Unendlichkeit weiter sinken zu lassen, scheitern. Findige Spekulanten sollen daraufhin schon stattliche Mengen ansammeln. . . Ob diesen die in Aussicht gestellten Währungsreformen das Handwerk legen werden, ob das deutsche Reich selbst sich dann als „Zentral-Altpapier-Sammelstelle“ etablieren oder eine auch dieses Geschäft ihr wegknappende Großhandels-Gesellschaft m. b. G. privilegieren wird? — quivivra, verria!

Die „Goldmark“ als Stabilist der deutschen Währung dürften die gegenwärtigen Führer und Befähigten in Deutschland kaum mehr mit eigenen Augen schauen. Die „Bodenmark“ schien ein wohl zu irrelevanten Begriff. Die „Rentenmark“ der neugegründeten Rentenbank solls machen! Wird sie ihre Aufgabe lösen? Den nötigen Deckungshinterhalt verleiht ihr ja der Grundbesitz ohne Zweifel. Weil jeder Deutsche bis zur Dienstmagd herab die Wonne durchkostet, sich „Millionär“ erst, dann „Milliardär“ und nun fast „Bilionär“ zu fühlen, so wird jeder dann, wenn er ein Rentenmark-Scheinchen sein eigen nennt, seine Besuchskarte mit der Bezeichnung „Hypothekäre en gros“ schmücken dürfen. — Nun, zu wünschen ist dem Deutschen Reich nach dem nun schon Jahr um Jahr andauernden Abwärtsgleiten eine neue, eine stabile Währung. Sie allein nur kann die Bürgschaft für den Wiedereintritt von Zuständen tragen, die eine Gesundung erhoffen lassen. Sie allein bietet die Grundlage, gegen das Schieber- und das Bucherwesen innerhalb der eigenen Bevölkerung energisch vorzugehen. Sie allein vermag es, andere Länder und Völker und deren Lenker mit dem Serum „Vertrauen“ zu impfen, ohne das ein Anknüpfen bzw. eine Wiederaufnahme von politischen und handelswirtschaftlichen Beziehungen nun einmal nicht denkbar ist. Mögen Nörgler und Neider, Spötter und Narren immerhin die Maßnahmen der deutschen Reichsfinanzwirtschaft bekriecheln und begeifern, mag die gewaltsame Rückendeckung für die Rentenmark immerhin einem Eulen-Spigelstreiche verliert ähnlich sehen, mögen die getrocknet recht behalten, die in der Belassenheit, mit der die Reichsleitung dem Sturz der Papiermark zusieht, den Beweis des Schlepperdienstes eben für jene Altpapier-Zentral-Sammelstelle sehen — gelingt das Ganze, dann waren die getroffenen Maßnahmen die richtigen!

Das zweite trübe Zeichen? — Die bedrohte Reichseinheit ist's, die der bayrischen Regierung zum Vorwurf gemacht wird! Wird sie von Bayern wirklich bedroht? Wenn die Reichsleitung, die darin als erste immer und in allen ihren Gliedern vorangehen sollte, es in der Betonung nationaler Empfindungen, in der Hervorkehrung ihres Charakters als deutsche Regierung erlangen läßt, hat sie dann das Recht, ein Volk und dessen Führer, die ihr, der Reichsregierung, darin so erheblich „über“ sind, deshalb der Bedrohung der Reichseinheit zu bezichtigen? Bayern ist nun einmal das Land, dessen Bewohnerschaft, gewijigt durch das Jagefeuer „Räteregierung“, am besten weiß, daß nur eine von nationalem Geiste getragene, feste zentrale politische Leitung das Reich aus dem Sumpfe herauszuführen vermag, in welchen es eine fünfjährige Periode stumpfer Passivität hineingetrieben. Die Männer dieser Erkenntnis, im übrigen Deutschland verhältnismäßig spärlich erst heranwachsend, überschatten in Bayern alles andere, keiner anderen Regierung Lust und Raum gewährend. Sie bilden den gewaltigen Räsonnaizboden, dem Herr von Raht als Generalstaatskommissar nur seinen Mund als Sprachrohr leiht. „Man kann — so rauschte es dieser Tage durch den bayrischen Blätterwald — es der Reichswehr nicht zumuten, gegen Nationalgefehrte für eine Republik zu kämpfen, die durch Waffenwegwerfen erzwungen worden ist, das Gebt gegen die Waffenehre!“ Und an anderer Stelle: „Der Berliner Margismus hat 1918 das Reich zertrissen, wird er es 1923 zerhören?“ Worte sind es, die es zumindest verdienen, gehört und beachtet zu werden. —

Der seit Jahren drohende „Dortens-Busch am Rheine“ ist nun Wahrheit geworden. Dorten selbst hielt sich weislich zurück. Dafür schickte er seine Gesellen. Eine Reihe deutscher Städte hielten diese Ueber-Separatisten besetzt. Auf Stunden, auf einige Tage sogar. Bis sie wieder wohlversehen mit einer stattlichen Anzahl deutscher Fausthiebe, von dannen zogen. Hoffentlich ist ihnen das Wiederkommen für immer verleidet worden! — „Denn wo in Has ist, da sammeln sich die Adler“, so predigte es schon

der Evangelist Matthäus. Diesmal waren es Hasgier die dem ihrer Meinung nach dem Berenden nahen „Adler“ die letzten ihm noch verbliebenen Schwingen auszurupfen gedachten. Doch irrten sie! Seine Kränge — sie hatten das Zufassen nicht verlernt. Seine Schnabelhiebe saßen noch gar vortrefflich und aus seinen Blicken zuckten noch Blige, drohend den Getern Warnung und nahende Wiedervergeltung zuschleudernd. . . . Jupiter.

Strefemanns Rede in Hagen i. Westf.

Hagen i. W., 25. Oktober.

Im Kreisbau zu Hagen fand heute eine Besprechung über die Lage im besetzten Gebiet statt, an der der Reichsminister, die Reichsminister für die besetzten Gebiete und des Innern, der preussische Ministerpräsident und Vertreter der politischen Parteien und Gewerkschaften aus den verschiedenen Teilen des besetzten Gebietes teilnahmen.

Nach Ansprachen des Reichsinnenministers Collmann und des Ministers für die besetzten Gebiete, Fuchs, betrat Reichsminister Dr. Strefemann das Rednerpult.

Er führte aus, der Kampf an Rhein und Ruhr habe wohl jetzt seinen Höhepunkt erreicht, ein Kampf, der mit ungleichen Waffen geführt werde, wo unter dem Schutze französischer Bajonette Separatisten den Versuch machten, ihre Herrschaft auszuweiten, um das Rheinland und andere deutsche Gebiete unter ihre Gewalt zu bringen. Wenn die Franzosen und Belgier nicht dahinter ständen, so würde die Bevölkerung, und zwar die ganze Bevölkerung des Rheinlandes, diesem Kornevalsag in 24 Stunden ein schnelles Ende bereiten. Und wenn diese französischen und belgischen Bajonette dabei helfen, so sei das

ein Wortbruch schimmiger Art

gegenüber den feierlichen Versprechungen, welche in den verschiedenen internationalen Verträgen festgelegt worden seien.

Der Reichsminister sprach dann allen, die den ungleichen Kampf führten, heißen Dank aus. Allen Tellen der Bevölkerung gebühre dieser Dank und nicht zuletzt der braven Schupo. Aber, was dort an Rhein und Ruhr geschehe, sei nur ein Auschnitt aus der großen deutschen Not. Leider sei dies nicht die einzige Not dieser Stunde. Uns drohe das Gespenst der immer größer werdenden Erwerbslosigkeit, der Preissteigerung und des Währungsverfalls. Die Schuld an diesem Anheil

fallt einzig und allein Frankreich zur Last.

und die Mittel, die Frankreich gegen Deutschland anwende, seien gegen Gesetz, Vertrag und Recht und gegen die geschriebenen Verträge und das ungeschriebene Menschenrecht der Völker. Was man auch über den passiven Widerstand sagen möge, eins habe er gezeigt, wie Millionen von Menschen ihrem Lande die Treue wahrten. Wenn der Widerstand habe aufgegeben werden müssen, so sei das wahrlich nicht geschehen, um die Gunst Poincarés zu gewinnen, sondern weil sich Deutschland an dem passiven Widerstand verblutet

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Deutschland richtete eine Note an die Reparationskommission mit dem Vorschlag zu persönlichen Verhandlungen.

* Die Vertreter der deutschen Länder sprachen sich bei der Besprechung über den bayerischen Konflikt rückhaltlos für die Reichseinheit aus und empfahlen Einigung über die Streitfragen.

* Der Zusammentritt des Reichstages ist auf nächste Woche verschoben worden.

* Vom 1. November ab führt die Post Millionenrechnung ein, d. h. kleinere Beträge werden nicht angenommen oder verordnet.

* Der englische Staatsmann Mac Kenna erklärte sich gegen die Rheinische Republik. Die Ruhrbesetzung sei ein katastrophaler Mißerfolg Frankreichs.

Deutschlands Zahlungsunfähigkeit.

Wir haben ja genug Ausländer in Deutschland, die sich ein Bild über unsere Lage machen können; überall laufen sie herum, nicht nur auf dem Kurfürstendam in Berlin. Wir haben genug ausländische, namentlich englische Wirtschaftler in Deutschland beherbergt, die in ihre Heimat Berichte sandten über die immer unerträglicher werdenden wirtschaftlichen und finanziellen Zustände bei uns. Sie wissen, daß die allergrößte Mehrzahl der Deutschen einen Bruchteil dessen verdient, was sie im Frieden einnahmen, daß aber die Preise in Deutschland den Friedensstand längst übererschritten haben. Sie sehen mit eigenen Augen die Scharen der Erwerbslosen in die Läden drängen, sehen die Scharen von Bettelnden, sehen das ganze furchtbare Elend sich auf offener Straße breit machen. Und das Ausland weiß es, daß Deutschland als Staat nicht mehr in der Lage ist, den eigenen hungernden Volksgenossen zu Hilfe zu kommen, sie sehen die stillgelegten Betriebe, sehen die Millionen, die arbeiten wollen, aber keine Gelegenheit mehr haben, sehen das ganze wirtschaftliche, finanzielle Chaos. Und haben anerkannt in zahlreichen Presseäußerungen, daß Deutschland zusammengebrochen ist.

hätte, und weil es notwendig gewesen sei, klare Verhältnisse in der internationalen Politik zu schaffen. Der französische Ministerpräsident habe wiederholt erklärt, daß es nur der passive Widerstand sei, der ihm daran hindere, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten. Wenn der französische Ministerpräsident jetzt verlange, daß erst einmal der Zustand an Rhein und Ruhr wiederhergestellt werden müsse, wie er vor dem 11. Januar bestanden habe, dann müsse man doch fragen, wenn die französische Regierung auch diesen Zustand wiederherstellen wolle, ob es damals am 11. Januar eine französische Eisenbahngesellschaft oder eine deutsche oder eine französische Verwaltung an Rhein und Ruhr gegeben habe?

An die Darlegungen des Reichsministers schloß sich eine mehrstündige Aussprache. Vor allem wurde dabei von den Vertretern des besetzten Gebietes auf die mit der ungeheuren Erwerbslosigkeit und der Lebensmittelpnot für das besetzte Gebiet verbundenen Gefahren hingewiesen. Die

Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels

wurde für das besetzte Gebiet als besonders dringlich bezeichnet. Die Vertreter der Reichsregierung sagten ihre möglichste Hilfe zu.

Die völlige Stilllegung der Ruhrindustrie.

Köln, 25. Okt. Die „Köln. Zig.“ aus dem Ruhrgebiet meldet, siehe es nunmehr fest, daß vom kommenden Montag an auch alle Zechen im besetzten Ruhrgebiet ihre Tore schließen werden. Lediglich für Notstandsarbeiten würden kleinere Teile der Belegschaften weiterbeschäftigt. Die übrigen gesamten Belegschaften seien bereits zur Erwerbslosenfürsorge angemeldet.

Streikverbot in Berlin.

Amlich wird mitgeteilt: Vom Befehlshaber im Wehrkreis III ist im Einverständnis mit dem Regierungskommissar seines Bereichs ein Verbot der Aufforderung zur Arbeitseinstellung in lebenswichtigen Betrieben ergangen. Zuwiderhandlungen sollen unter die in § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 angeordneten Gefängnis- und Geldstrafen. Als lebenswichtige Betriebe im Sinne dieser Verordnung sind auch sämtliche Rollen- und Druckereien anzusehen.

Daraus hat die Regierung die selbstverständlichen Forderungen nun auch der Reparationskommission gegenüber gezogen. Freilich hat ja Poincaré dem deutschen Geschäftsträger in Paris erklärt, er werde jede Beratung der Reparationskommission über eine derartige deutsche Mitteilung verhindern: Deutschland habe keine Erklärungen, keine Vorschläge in der Reparationsfrage an die Kommission zu machen, sondern nur die Verhältnisse vor dem 11. Januar d. J. herzustellen und die gesamte Kohlensteuer für das besetzte Gebiet nachzuzahlen. Trotzdem hat nun die deutsche Regierung an die Reparationskommission die Mitteilung gesendet, daß wir uns jetzt zwar grundsätzlich mit Reparationsleistungen an die beiden „Verjüngungs“mächte wieder einverstanden erklären, die ja seit dem 13. Januar nicht mehr geliefert wurden. Aber gleichzeitig erklärt die Regierung, daß „die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich seit Januar in Deutschland entwickelt haben, der deutschen Regierung tatsächlich die Möglichkeit genommen haben, jetzt die Geldmittel auszubringen, die zur Bezahlung der Leistungen aus dem Vertrage von Versailles erforderlich sind“. Das ist schon im November 1922, dann wieder am 11. August erklärt worden, seitdem haben sich die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse bei uns noch weiter, und zwar derart entwickelt, daß wir vollkommen zahlungsunfähig sind. Die Reparationskommission soll also gemäß Art. 234 des Versailler Vertrages in eine Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands und im Anschluß daran zu einer Reuefestsetzung der — grundsätzlich anerkannten — Zahlungsverpflichtungen und der Art ihrer Ableistung eintreten.

Zahlungs- also damit auch Lieferungsunfähig sind wir aber nicht nur gegenüber den beiden „Verjüngungs“mächten, sondern auch gegenüber den anderen Staaten, die auf Grund des Versailler „Friedens“ an uns Lieferungsansprüche zu stellen haben. Also auch beispielsweise gegenüber Italien und England, die Vertreter in der Reparationskommission zu sehen haben. Also auch diese beiden Länder — neben den kleineren, nicht in der Kommission vertretenen — werden durch diese Note der deutschen Regierung betroffen, und es kommt nun darauf an, ob diese Mächte sich den